

Dierkes, Meinolf

Working Paper

Sozialwissenschaftliche Forschung im Dienst der gesellschaftlichen Praxis

WZB Discussion Paper, No. FS II 96-102

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Dierkes, Meinolf (1996) : Sozialwissenschaftliche Forschung im Dienst der gesellschaftlichen Praxis, WZB Discussion Paper, No. FS II 96-102, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/49794>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichungsreihe der Abteilung Organisation und Technikgenese
des Forschungsschwerpunktes Technik-Arbeit-Umwelt des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS II 96-102

**Sozialwissenschaftliche Forschung im
Dienst der gesellschaftlichen Praxis**

Meinolf Dierkes

Überarbeitete Fassung eines Vortrages anlässlich des 25jährigen Bestehen des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BIBB). Für anregende Diskussionen und hilfreiche Unterstützungen bei der Vorbereitung und Überarbeitung des Vortrages danke ich Ute Hoffmann, Jeanette Hofmann, Lutz Marz und Peter Wagner.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, tel.: (030)-25491-0

Zitierhinweis

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB. Obwohl es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen, Schriftformaten und –größen u.ä.).

Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei.

Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden Weise zitieren:

Dierkes, Meinolf: Sozialwissenschaftliche Forschung im Dienst der gesellschaftlichen Praxis. Discussion Paper FS-II 96-102. Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin 1996.

URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1996/ii96-102.pdf>

Abstract

Die Frage nach dem Verhältnis von sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis ist so alt wie die Sozialwissenschaften selbst. Vieles spricht dafür, daß diese alte Frage heute wieder neu diskutiert werden muß, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen, die in diesem ebenso wechsellvollen wie spannungsreichen und sensiblen Beziehungsgeflecht in den letzten Jahren und Jahrzehnten gesammelt wurden; zum anderen in bezug auf die nicht minder unterschiedlichen Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung und Gestaltung dieses Verhältnisses. Ziel des vorliegenden discussion papers ist es, einige sehr persönliche Gedanken und Eindrücke zur Diskussion stellen, die dazu anregen sollen, dieses Verhältnis zu bilanzieren und neu zu überdenken.

Sich mit dem Thema „sozialwissenschaftliche Forschung im Dienst der gesellschaftlichen Praxis“ auseinanderzusetzen ist relativ einfach, ziemlich unbefriedigend und trotzdem sehr spannend. Dies mag sich zunächst etwas paradox anhören, ist es aber im Grunde gar nicht.

Die Aufgabe ist relativ einfach, weil die Frage nach der sozialwissenschaftlichen Forschung im Dienst der gesellschaftlichen Praxis so alt wie die Sozialwissenschaften selbst ist. Endgültige Antworten auf diese Frage hat es nie gegeben, wird und kann es meines Erachtens auch nicht geben. Folglich können sie einem auch nicht abverlangt werden. Wenn eine solche Frage auf der Tagesordnung steht, kann es eigentlich immer nur darum gehen, das Beziehungsgeflecht zwischen den Sozialwissenschaften und der gesellschaftlichen Praxis, wie es sich zu einem bestimmten Zeitpunkt darstellt, zu bilanzieren, neu zu überdenken und daraus möglichst konkrete Schlußfolgerungen und Konsequenzen zu ziehen. Aber auch dies ist eine Anforderung, die sich im Rahmen eines Aufsatzes schwerlich bewältigen läßt, ohne die Leser entweder mit richtigen aber allseits bekannten Allgemeinplätzen oder mit neuen aber gewagten Abstraktionen über Gebühr zu strapazieren. Und da beides nach meiner Erfahrung nicht sonderlich produktiv ist, werde ich von vornherein darauf verzichten, mit meinen Überlegungen das gesamte Themenfeld abzufliegen und mich stattdessen auf einige wenige, aber vielleicht nicht ganz unwichtige Aspekte beschränken.

Die Aufgabe ist ziemlich unbefriedigend, weil es zwar in der Fülle der Literatur zu diesem Thema eine Vielzahl von Klassifikationen, Deskriptionen und Taxonomien gibt, die jedoch letztlich wenig bieten, wenn man sich nicht nur darauf beschränkt, das gegenwärtige Verhältnis zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis zu beschreiben oder zu analysieren, sondern wenn man sich fragt, wie dieses Beziehungsgeflecht eigentlich künftig gestaltet werden müßte. Sicher, viele dieser unterschiedlichen und teilweise auch sehr gegensätzlichen Klassifikationen und Taxonomien sind durchaus anregend, aber wenn man einmal daran geht, sie auf den eigenen Alltag und die eigenen Problemlagen herunter zu buchstabieren, um von daher als Wissenschaftler und Forschungsmanager konkrete Bewältigungs- und vor allem erfolgversprechende Gestaltungsstrategien zu entwickeln, dann hilft einem das in der Regel nicht sehr viel weiter.

Und genau das macht das Thema für mich so überaus spannend, denn vieles spricht dafür, daß diese alte Frage heute wieder neu diskutiert werden muß, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen, die wir in diesem ebenso wechselvollen wie spannungsreichen Beziehungsgeflecht zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis in den letzten Jahren und

Jahrzehnten gemacht haben; zum anderen in bezug auf die nicht minder unterschiedlichen Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung dieses Verhältnisses.

In diesem Sinne möchte ich im folgenden einige sehr persönliche Gedanken und Eindrücke zur Diskussion stellen, die selbstredend keinen Anspruch darauf erheben, vollständig akademisch durchobjektiviert zu sein. Ich beginne mit zwei ebenso simplen wie etwas zugespitzten Grundaussagen, die auf den ersten Blick alles andere als spannend zu sein scheinen, in denen jedoch einige jener zentralen Problemlagen des Verhältnisses zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis zum Ausdruck kommen, die dafür verantwortlich zeichnen, daß dieses alte Thema gerade jetzt wieder im wachsenden Maße auf Interesse stößt.

Erste Aussage: Sozialwissenschaftliche Forschung steht immer im Dienst der gesellschaftlichen Praxis. Auch und vielleicht gerade in der rein erkenntnisgeleiteten Grundlagenforschung - wenn es eine solche überhaupt gibt - sind eine Fülle von Ergebnissen zu verorten, die ihren Weg in die Praxis gefunden haben. Und zwar immer dann, wenn erstens ihr Nutzen erkannt wurde aber zweitens oft mit großer Zeitverzögerung und drittens häufig auf nicht geplanten und sehr verschlungenen Pfaden. Bruttosozialprodukt, Inflation, Intelligenzquotient, soziale Schicht oder Risikogesellschaft sind nur einige wenige Begriffe und Konzepte aus dem breiten Feld der unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die - weitgehend aus der erkenntnisgeleiteten Forschung kommend - heute einen festen Platz in der gesellschaftlichen Praxis haben, und zwar bis hinein in die Massenmedien von der Bild-Zeitung bis hin zum kommerziellen Fernsehen. Es sind keine Königswege oder schnurgeraden Transfertrassen, auf denen sie dort hingelangt sind. Und wenn solche Begriffe und Konzepte erst einmal eine gewisse Verbreitung und Popularität erlangt haben, verblaßt zumeist sehr schnell die Erinnerung daran, wo sie eigentlich entstanden sind. Zu- und auch ein wenig überspitzt könnte man sagen: Wenn ein Transfer von sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die gesellschaftliche Praxis erfolgreich war, wird vergessen, daß er stattgefunden hat.

Zweite Aussage: Sozialwissenschaftliche Forschung ist gesellschaftliche Praxis. Die Sozialwissenschaften sind immer ein Bestandteil der Gesellschaft und nicht etwas ihr Äußerliches. Ihr praktischer Beitrag entsteht auf eben dieser und keiner anderen Grundlage. Es gibt keinen extramundanen Standpunkt, den die Sozialwissenschaftler einnehmen könnten, um von dort das gesellschaftliche Tun und Treiben aus einer sozusagen quasigöttlichen Perspektive zu beobachten. Der vielzitierte Elfenbeinturm steht nicht über, sondern in der Praxis. Bei den Beiträgen, die Sozialwissenschaften leisten können, handelt es sich nie um

Erkenntnisse eines neutralen Dritten, sondern um Aussagen und Interpretationsangebote aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Allgemein wird dies zumeist umstandslos eingeräumt. In den konkreten Debatten jedoch, wo es um tatsächlich oder vermeintlich fehlende beziehungsweise unzureichende Beiträge der Sozialwissenschaften für die Praxis geht, entsteht zuweilen der Eindruck, daß insgeheim doch in dieser oder jener Form unterstellt wird, ' die Sozialwissenschaften schwebten im Orbit über dem Sozialen und könnten von dort aus alles besser und rechtzeitig überschauen - ein Eindruck, der übrigens nicht nur von Praktikern, sondern auch von Sozialwissenschaftlern genährt wird.

Ich möchte nun versuchen, diese beiden zunächst noch sehr allgemeinen Aussagen an Hand meines persönlichen aber vielleicht nicht ganz untypischen Erfahrungshorizontes zu konkretisieren. Stichpunktartig läßt sich dieser Erfahrungshorizont zunächst wie folgt umreißen:

Meines Erachtens sind wir in dem Beziehungsgeflecht zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis seit Ende der 60er Jahre durch eine Art wellenförmige Bewegung gegangen und stehen nun erneut an einem Wendepunkt. In den 70er Jahren gab es eine ziemlich weit verbreitete und von vielen getragene Euphorie und Aufbruchsstimmung im Hinblick auf die Gestaltbarkeit dieses Beziehungsgeflechts. Es wurden nicht nur eine Vielzahl von Konzepten und Programmen entwickelt, um das Zusammenspiel zwischen Forschung und Praxis enger, verlustloser und gesellschaftlich produktiver zu gestalten, es wurden darüber hinaus auch eine ganze Reihe von Institutionen gegründet, die genau das Bindeglied zwischen dem Handlungswissen der Praxis und der mehr auf den Kanon der Wissenschaften ausgerichteten Arbeit der Universitäten darstellen sollten. In den 80er Jahren schwand diese Euphorie zusehends. Die Aufbruchsstimmung wich einer Ernüchterung, um nicht zu sagen Enttäuschung, die zuweilen auch in Resignation umschlug. Beide Seiten entfernten sich voneinander, die Distanz zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis wuchs und man ging mehr seiner eigenen Wege als aufeinander zu. Seit Beginn der 90er Jahre greift nun zunehmend Unsicherheit Raum, und zwar nicht nur, was die Positionierung dieser ursprünglich als Vermittlungsglieder konzipierten Institutionen in diesem Feld anbelangt. Die Verunsicherung greift entschieden tiefer und betrifft die Relevanz ganzer Wissensbereiche in den Sozialwissenschaften. So können beispielsweise solche klassischen Disziplinen wie die Volkswirtschaftslehre und die Wirtschaftswissenschaften zu so zentralen Themen wie Arbeitslosigkeit oder Wachstum gegenwärtig wenig, im Grunde gar nichts sagen, was der Praxis wirklich weiterhelfen würde. Die Situation wird immer prekärer: Einerseits wächst der Problemdruck und Problemstau in nahezu allen Bereichen der

gesellschaftlichen Praxis ganz unverkennbar, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weltweit in allen Industriestaaten; andererseits entsteht der Eindruck, daß die Sozialwissenschaften davon ungerührt in ihrer - um es einmal sehr salopp zu formulieren -, „Normalforschung“ so vor sich hin „dümpeln“. Die Spannungen nehmen zu und viele wissen oder ahnen zumindest, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen kann und wir uns an einem Wendepunkt befinden.

Wenn diese Skizze in ihrem groben Umriß stimmt, dann sollte man sich die Wellenbewegung, die uns nun an diesen Wendepunkt gebracht hat, einmal genauer ansehen und sich fragen, was denn da eigentlich im einzelnen passiert ist.

Erinnern wir uns zunächst an die Euphorie Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre, dann war dies in den USA, und etwas zeitversetzt dann auch in Europa, die Ära der großen gesellschaftlichen Programme, wie „The Great Society“ oder „The War On Poverty“. Es war eine Periode, in der das Bemühen, die sozialwissenschaftliche Forschung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Praxis zu nutzen, sehr weit und, wie wir heute wissen, zuweilen auch zu weit ging. Auf der einen Seite dominierte eine Haltung, die Björn Wittrock als „Engineering-Modell“ der Sozialwissenschaften charakterisierte und die Carol Weiss einmal sehr treffend mit den Worten „thinking well, doing good“ beschrieb. Eine gute Sozialwissenschaft erschien als eine, wenn nicht gar die Grundvoraussetzung für eine gute Politik. Es entstanden viele Arbeiten, die das Beziehungsgeflecht zwischen den Sozialwissenschaften und den verschiedenen Politikbereichen aus unterschiedlichsten Perspektiven ausleuchteten. Die Literatur zu diesem Thema hatte Hochkonjunktur. Und es war auch die Zeit der großen OECD-Konferenzen, auf denen an Hand einer Fülle von Berichten über die Entwicklung der Sozialwissenschaften in den einzelnen Mitgliedsländern über diese Thematik diskutiert wurde. Sozialwissenschaftler wie Politiker waren damals gleichermaßen von einer Hochstimmung getragen. Erstere meinten, sie könnten, wenigstens vom Prinzip her, alle Aufgaben und Probleme der gesellschaftlichen Praxis lösen, letztere erhofften sich von der sozialwissenschaftlichen Forschung schnelle, einfache und direkt umsetzbare Komplett- und Fertiglösungen. Man überfrachtete sich mit immer hochgesteckteren Erwartungen. Ganz unstrittig boten sich in dieser Periode, etwa in der Evaluationsforschung bei den großen Programmen der Amerikaner, für viele Sozialwissenschaftler hervorragende Möglichkeiten, ihre Forschungen sehr praxisnah und praxisbezogen zu gestalten. Und viele erinnern sich heute oft mit einer gewissen Wehmut und Nostalgie an diese Aufbruchzeit, in der der alltagspraktischen Reichweite und Folgenhaftigkeit ihrer Arbeit keine Grenzen gesetzt zu sein schienen und in der sie und ihre Forschungsergebnisse in einem Ausmaß gesellschaftlich

nachgefragt wurden, wie es später nur noch selten geschah. Eine solche Sicht ist verständlich und auch nicht ganz unbegründet, kann aber sehr leicht den Blick für die Kehrseite der Euphorie-Periode verstellen. So richtig es nämlich ist, auf die enge und von beiden Seiten - von Sozialwissenschaftlern und Politikern - angestrebte engere Kopplung zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis zu verweisen, so unumgänglich ist es, sich daran zu erinnern, daß es von Anbeginn eine im Laufe der Zeit stärker werdende Tendenz gab, die in diesen Verkopplungsanstrengungen unter der Hand mitlief. Es war ein, wie Björn Wittrock es nennt, „all analysis, no action“-Spiel. Während sich das Beziehungsgeflecht zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis auf der analytischen Ebene ausweitete und immer dichter wurde, blieb es auf der Handlungs- und Entscheidungsebene im Vergleich dazu relativ locker und war längst nicht so engmaschig, wie es einem heute im nachhinein erscheint. Diese Disproportion und die zuvor erwähnte Erwartungsspirale führten dann Ende der 70er Anfang der 80er Jahre dazu, daß das kam, was kommen mußte: die hochgeschraubten Hoffnungen schlugen in Enttäuschung um. Aus der Sicht der Politiker erbrachten die Sozialwissenschaften nicht die erwünschten Leistungen. Sie lieferten immer zu spät und dann nur schwer oder gar nicht umsetzbare Konzepte. Aus der Sicht der Sozialwissenschaftler wurde sehr wohl geliefert, und zwar rechtzeitig und auch praktikabel, nur bestand ihrer Meinung nach das Hauptproblem darin, daß die Politik die Ergebnisse nicht mit der nötigen Konsequenz umsetzen konnte oder wollte. Im Ergebnis dieser Enttäuschung, die sich beide Seiten ebenso ungewollt wie zwangsläufig durch eine allzu euphorisch hochgestimmte Zusammenarbeit in einem Jahrzehnt auf die Tagesordnung organisiert hatten, wuchs dann, wie es in solchen Fällen häufig zu geschehen pflegt, die Versuchung, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Und dieser Versuchung wurde, wie wir wissen, auch nachgegeben, und zwar in einem Maß, daß wir vielleicht erst heute in vollem Umfang zu begreifen beginnen. In den USA kürzte die Reagan-Administration, sozusagen über Nacht, das sozialwissenschaftliche Budget der National Science Foundation auf (!) ein Drittel. Etwas Ähnliches passierte in Großbritannien unter der Regierung Thatcher. Im Vergleich dazu verlief dieser Prozeß in der Bundesrepublik moderater, war jedoch im Hinblick auf seine Resultate nicht minder tiefgreifend und folgenreich. Wenn ich an meine Zeit als Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zurückdenke, dann wurden dieser Institution zwar nicht die Mittel gekürzt, aber sie wurde in ihrem damaligen Selbstverständnis von Grund auf in Frage gestellt. Bislang darauf ausgerichtet, dem Elfenbeinturm etablierter akademischer Forschung durch eine starke Praxisorientierung einerseits und ein Aufspüren neuer, zukunftssträchtiger und gesellschaftlich innovativer

Forschungsfelder andererseits zu entrinnen, wurde sie, trotz aller Widerstände innerhalb und außerhalb dieser Einrichtung, letztendlich ein ganzes Stück weit in eben diesen Elfenbeinturm hineingedrängt. Diese als Vermittlungs- und Bindeglied gegründete und gewachsene Institution wurde, um überleben zu können, vor die Aufgabe gestellt, sich aus dem Beziehungsgeflecht zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis, in das sie und ihre Mitarbeiter sich selbst eineinhalb jahrzehntelang auf vielfältigste Weise eingebracht und verankert hatten, abzukoppeln und sich stattdessen in die akademische „Normalforschung“ einzubinden. Ich glaube, daß dies kein Ausnahme-, sondern eher der Regelfall war und es vielen anderen Institutionen in diesem Feld auf diese oder jene Weise ähnlich erging. Mit den Folgen dieser Entwicklung werden wir heute konfrontiert, und zwar nicht nur die Sozialwissenschaften, sondern auch die Politik.

Um sowohl die Karriere und Krise der Vermittlungs-Institutionen verstehen als auch die daraus erwachsenen und nun zu bewältigenden Nachfolgeprobleme lösen zu können, wäre es zu kurz gegriffen, den Verlauf und die Richtung des zuvor skizzierten Prozesses einseitig oder gar ausschließlich der Politik oder den Politikern zuzurechnen. Die Ursachen liegen erheblich tiefer und sind viel differenzierter, als daß sie sich allein mit dem Schlagwort vom „Politikversagen“ hinreichend erklären ließen. Eine dieser Ursachen besteht in der Spezifik dieser Bindeglied-Institutionen und des gesellschaftlichen - nicht nur politischen - Umgangs mit ihr. Sieht man einmal von den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Organisationsformen ab, die diese Institutionen in Deutschland, den OECD-Ländern oder den Vereinigten Staaten hatten, und fragt sich, was ihnen gemeinsam war und worin ihr institutioneller Kern bestand, dann läßt sich diese Gemeinsamkeit in einem Satz zusammenfassen: Diese Institutionen waren darauf ausgerichtet, problem- und grundlagenorientiert, nicht einzelfall- und disziplinentorientiert zu arbeiten. Ihre Vermittlungsfunktion war eine doppelte. Zum einen verstanden sie sich als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis, zum anderen als Bindeglied zwischen den verschiedenen und sich zunehmend ausdifferenzierenden Wissenschaftsdisziplinen. Beide Vermittlungsfunktionen waren nicht nur eng ineinander verschränkt, sondern kolleidierten von anfang an strukturell mit den Funktionen traditioneller, etablierter und mächtiger Institutionen. Der problem- und grundlagenorientierte Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis war zwar produktiv und erfolgversprechend, brachte jedoch die Vermittlungs-Institutionen tendenziell in eine doppelte Frontstellung: die Problemorientierung verlangte nämlich, die Grenzen zwischen den Fachgebieten zu überwinden, das erforderliche wissenschaftliche Wissen disziplinübergreifend zu mobilisieren und der Praxis in einer möglichst handhabbaren Form zur

Verfügung zu stellen - damit gerieten die Institutionen in Konflikt mit dem disziplinentorientierten Wissenschaftsbetrieb und dessen akademischen Standards; die Grundlagenorientierung verlangte, über den jeweiligen praktischen Einzelfall hinauszudenken und dessen tieferliegende und längerfristige Bestimmungsgründe in den Blick zu bekommen - damit gerieten die Institutionen in Konflikt mit den Praktikern, die vor allem an griffigen Handlungs- und Entscheidungsvorschriften interessiert waren. Ähnlich verhielt es sich mit dem angestrebten problem- und grundlagenorientierten Brückenschlag zwischen den Wissenschaftsdisziplinen. Aus traditionell akademischer Sicht führte die von den Vermittlungs-Institutionen immer wieder eingeklagte Problemorientierung zu einer allzugroßen Praxisnähe und der Gefahr, daß die Wissenschaft aus dem beobachtenden und analysierenden Orbit abstürzt und so in die sozialen Alltagsauseinandersetzungen verwickelt wird, daß sie ihren eigentlichen gesellschaftlichen Auftrag nicht mehr erfüllen kann. Und die disziplinübergreifende Grundlagenorientierung wurde trotz - oder vielleicht auch wegen - des anlaufenden und sehr schnell überbordenden Inter- und Multidisziplinaritäts-Diskurses im traditionellen Wissenschaftsbetrieb vielfach weniger als Chance, denn als Bedrohung empfunden. Eine disziplinübergreifende und überdies noch an praktischen Problemstellungen orientierte Grundlagenforschung erschien aus akademischer Perspektive als Unding oder, schlimmer noch, als ein disziplinersetzer und -zerstörender Eingriff in die historisch gewachsene Wissenschaftslandschaft.

Heute, Mitte der 90er Jahre, wird die Rolle, die solche Vermittlungs-Institutionen zukünftig spielen können und sollen, neu überdacht. Dabei gibt es zwei scheinbar gegenläufige Extreme, die jedoch letztlich in die gleiche und, wie ich meine, hoch problematische Richtung zielen. Das eine Extrem besteht darin, die Bindeglied-Institutionen aus ihrer Grundlagenorientierung zu lösen, mehr oder weniger vom Wissenschaftssystem abzukoppeln und ausschließlich auf praktische Problemorientierung und -bewältigung festzulegen. Im anderen Extrem wird demgegenüber auf eine streng disziplintreue Grundlagenforschung gesetzt und eine Abwendung von der praktischen Problemorientierung gefordert. Beide Extreme werden, wenn auch aus gegensätzlichen Perspektiven, der Spezifik und den Potentialen der Bindeglied-Institutionen nicht gerecht. Es wäre meines Erachtens gerade mit Blick auf das Beziehungsgeflecht zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Praxis fatal, diesen Extremen zu folgen und die Vermittlungsinstitutionen in die eine oder andere Richtung aufzulösen, denn es fehlt weder der Praxis an einzelfallorientiert arbeitenden noch der Wissenschaft an disziplintreu forschenden Institutionen. Hier ist Zuwachs nicht vonnöten. Woran es mangelt, sind Institutionen, die zugleich problem- und

grundlagenorientiert ausgerichtet sind. Angesichts des sozialwissenschaftlichen Potentials einerseits und des wachsenden Problemdrucks der gesellschaftlichen Praxis andererseits ist es für mich keine Frage, ob es hier künftig wieder stärkerer, wirksamerer und schnellerer institutioneller Vermittlungen bedarf, denn das scheint mir mit Blick auf die wachsenden Orientierungsnöte in beiden Bereichen geradezu auf der Hand zu liegen. Das Problem ist vielmehr, wie solche Bindeglied-Institutionen aussehen müssen, die eine effiziente Vermittlungsfunktion übernehmen und entfalten können und mehr bewirken als eine bloße Verlängerung des jahrzehntelangen Karriere/Krise-Zyklus. Stellt man sich diesem Problem, dann muß man nach Antworten auf die folgenden vier Fragen suchen:

1. Wie stark soll die sozialwissenschaftliche Forschung auf die aktuellen und schnell wechselnden Informationsbedürfnisse der gesellschaftlichen Praxis ausgerichtet sein? Wer also bestimmt in welchem Grad die Forschungsagenda, die Sozialwissenschaftler oder deren Praxispartner?
2. Wie frei müssen die Sozialwissenschaften vom täglich neu entstehenden Informations- und Beratungsbedarf der verschiedenen Gruppierungen in der gesellschaftlichen Praxis sein, um wirklich langfristig sinnvolle Beiträge leisten zu können? Wie groß ist einerseits die Aufnahme- und Verarbeitungskapazität der Sozialwissenschaften im Hinblick auf die an sie herangetragene Palette praktischer Probleme und wie hoch ist andererseits die Vermittlungspflicht der Wissenschaften gegenüber der gesellschaftlichen Praxis?
3. Welche institutionellen Wege gibt es, um die thematisch vielfältigen und inhaltlich unterschiedlichen Anforderungen an die Sozialwissenschaften so zu kanalisieren und zu fokussieren, daß sowohl die Bedürfnisse der Forschung als auch die der Praxis möglichst ausgewogen, verlust- und reibungsarm befriedigt werden? In welchem Umfang leistet das historisch gewachsene Geflecht der sozialwissenschaftlichen Institutionen in Deutschland den hierzu erforderlichen Beitrag?
4. Gibt es Zukunftsaufgaben, die für die Sozialwissenschaften als klare Herausforderungen erkennbar sind und in denen sie daher in ihren Beziehungen zur gesellschaftlichen Praxis in den kommenden Jahren besonders gefragt und gefordert werden? Und: Wie muß das Profil einer sozialwissenschaftlichen Forschung aussehen, die diese Herausforderungen erkennen, annehmen und bewältigen kann? Bedarf es dazu forschungsprogrammatischer und institutioneller Innovationen und, wenn ja, welcher?

Ich möchte meine Überlegungen zu diesen vier Fragen in zwei Blöcken entwickeln. In einem ersten Block werde ich kurz, und eher cursorisch und impressionistisch, auf die ersten drei

Fragen eingehen, um dann in einem zweiten Block die letzte, und wie ich meine, eigentlich spannende und brennende Frage ausführlicher zu diskutieren.

Also zunächst zur ersten Frage: Wie stark sollte die sozialwissenschaftliche Forschung auf den Informations- und Beratungsbedarf der gesellschaftlichen Praxis ausgerichtet sein? In welcher Richtung meines Erachtens Antworten auf diese Frage gesucht werden sollten und in welcher nicht, läßt sich an zwei persönlichen Erfahrungen veranschaulichen, die sicherlich nicht nur ich allein gemacht habe. Die erste Erfahrung reicht zurück in die Entstehungsgeschichte der Vermittlungs-Institutionen. Als ich 1974 die Abteilung Sozial- und Verhaltensforschung des Batell-Instituts in Frankfurt gründete, bestand eine unserer ersten Aufgaben darin, die Höhe der Mittel zu planen, mit denen die Bundesregierung Forschungen zur Humanisierung der Arbeit unterstützen und fördern sollte. Wir gingen dabei von zwei einfachen Prämissen aus, nämlich, daß mit einem solchen Programm erstens vorhandene aber institutionell verstreute sozialwissenschaftliche Kompetenzen zunächst zusammengeführt, gebündelt und auf einige konkrete Projekte konzentriert werden müßten und daß dann zweitens an Hand der dabei gesammelten Erfahrungen das Programm schrittweise und zielgerichtet zu erweitern ist. Ausgehend davon errechneten wir eine Anlauffinanzierung von ungefähr 1,5 Millionen Mark, die dann in den Folgejahren Zug um Zug erhöht werden sollte. Das Programm wurde mit rund 30 Millionen Mark aufgelegt und wuchs dann noch erheblich. Was passierte? Ein in der gesellschaftlichen Praxis vorhandener Problemdruck setzte sich über eine stark politisch bestimmte Forschungsagenda unvermittelt in finanzielle Mittel um, die zu groß waren, als daß sie von den vorhandenen Forschungskapazitäten sinnvoll, also wissenschafts- und praxisbezogen, genutzt werden konnten. Das plötzliche Überangebot an dieser und strukturelle Unterangebote an anderen Stellen führten zu einer Umorientierung und Umlenkung von wissenschaftlichem "know how", mit denen letztlich weder der Forschung noch der Praxis gedient war. Neben vielem unstrittig Wertvollen und Nützlichen entstand auch viel Unausgegorenes und Enttäuschendes, was sowohl für die Sozialwissenschaften als auch die gesellschaftliche Praxis irrelevant war. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es wird sich nie Vermeiden lassen, daß in der wissenschaftlichen Forschung Fehler gemacht werden und immer auch Bedeutungsloses und zuweilen - wie eben überall - auch eklatanter „Schrott“ produziert wird. Es geht nicht darum, diesen Prozeß ein für alle mal aus der Welt zu schaffen, sondern ihn auf ein - wissenschaftlich, gesellschaftlich und auch finanziell - vertretbares und verantwortbares Maß zu reduzieren. Hierfür gibt es zwar keine Patentrezepte, aber immerhin einige Erfahrungen, an denen man sich orientieren kann. Dazu gehört die Einsicht, daß sich die Probleme der gesellschaftlichen Praxis nicht nach der Faustregel „viel hilft viel“ mittels

punktuellem und temporärer Überfinanzierung bewältigen lassen, insbesondere dann nicht, wenn sich diese Überfinanzierung aus einer flächendeckenden und chronischen Unterfinanzierung ganzer Forschungsfelder speist, von denen dann morgen oder übermorgen erwartet wird, daß dort auf einen soliden Wissensvorlauf zurückgegriffen werden kann. Dies zeigt auch das zweite Beispiel, und zwar die sogenannte Transformationsforschung, die im Zuge der Vereinigung aus dem Boden gestampft und massiv gefördert wurde. Hatte sich, von einigen wenigen und zumeist nicht ernst genommenen Ausnahmen einmal abgesehen, bis zum Herbst 1989 niemand in der deutschen Wissenschaftslandschaft mit Transformationsforschung beschäftigt, so galt man als Sozialwissenschaftler - ich übertreibe hier einmal - binnen weniger Monate als praxisfern, sozial desinteressiert und überdies auch wissenschaftlich suspekt, wenn man sich nicht ins Heer der über Nacht geborenen oder rekrutierten Transformationswissenschaftler einreichte, um nun Ostdeutschland und Osteuropa so zu überforschen, wie das in den 60er Jahren in den USA mit den Indianern und Ghattobewohnern geschah. Und nun frage ich mich, welche Relevanz die Ergebnisse dieser Überfinanzierung und Überforschung für die Menschen, die praktische Politik oder den Kanon der Sozialwissenschaften kurzfristig hatten und mittel- oder langfristig haben werden. Ich habe da meine Bedenken und bin mir noch nicht einmal sicher, ob und inwieweit sich später einmal Historiker in ihren Analysen dieser weltpolitischen Umbruchphase auf die Schnellschlüsse der Transformationsforschung stützen können. Es gäbe - Stichwort „Multimedia“ - sicher noch eine ganze Reihe ähnlich gelagerter Beispiele, doch ich will es einmal bei den beiden genannten belassen, weil sie hinreichend deutlich machen, worum es mir geht: Es gibt durchaus eine Berechtigung, Forschung, die von der gesamten Gesellschaft finanziert wird, auch auf das Wohl der Gesellschaft hin zu lenken. Aber gerade deshalb ist man gut beraten, dabei nicht auf Übersteuerungsmodelle zu setzen, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was eigentlich beabsichtigt war. Forschung, Forscher und Forscherinnen sind schwer lenkbar und die Gesellschaft hat mehr von ihnen, wenn sie es ihnen ermöglicht, sich langfristig problem- und grundlagenorientiert in ein Themenfeld einzuarbeiten, als sie mit finanziellen und forschungsprogrammatischen „Hau-Ruck“-Aktionen an die wechselnden alltagspraktischen Problemdrücke anzupassen. Gerade dann, wenn - wie heute - der Problemdruck zunimmt und die finanziellen Mittel knapper werden, ist ein besonders behutsamer Umgang mit den vorhandenen wissenschaftlichen Ressourcen erforderlich, um nicht im blindem Übersteuerungseifer heute die Forschungspotentiale brach zu legen, die morgen von der gesellschaftlichen Praxis nachgefragt werden. Nicht hinter jedem politisch lautstark artikuliertem Forschungsbedarf steht auch automatisch ein dementsprechend großes gesellschaftliches Forschungsbedürfnis und, umgekehrt, nicht jedes gesellschaftliche

Forschungsbedürfnis meldet sich in Form eines politisch artikulierten Forschungsbedarfs zu Wort. Keine der gesellschaftlichen Gruppen kann für sich allein in Anspruch nehmen, die Forschungsbedürfnisse der Gesamtgesellschaft umfassend und detailliert zu kennen. Um gemeinsam und so weit als irgend möglich auch rechtzeitig ein Gespür dafür zu entwickeln, welche Fragen auf eine Forschungsagenda gehören und welche nicht, muß dafür Sorge getragen werden, daß zwischen der sozialwissenschaftlichen Forschung und der gesellschaftlichen Praxis nicht nur einige und dann noch ständig wechselnde Transfertrassen aufgebaut werden, sondern daß sich eine Vielfalt von thematisch und organisatorisch unterschiedlichen Praxisbezügen entwickeln und entfalten kann, in denen sich die nötige Steuerungssensibilität und das erforderliche Steuerungswissen herausbilden können. Auch hier wären Institutionen, die zugleich problem- und grundlagenorientiert arbeiten, hilfreich, weil sie in einem solchen Geflecht gewissermaßen als Knotenpunkte und Sensoren fungieren.

Antworten auf die zweite Frage müssen meines Erachtens in einer ähnlichen Richtung gesucht werden, denn das Problem, wie frei die Sozialwissenschaften vom täglich neu entstehenden Informations- und Beratungsbedarf der verschiedenen Gruppierungen in der gesellschaftlichen Praxis sein müssen, läßt sich weder mit simplen „entweder/oder“- noch mit abstrakten „sowohl als auch“-Strategien lösen. Worum es hierbei geht, ist vielmehr das notwendige, unverzichtbare und immer wieder neu auszubalancierende Maß an Distanz und Autonomie. In den Diskussionen darüber gibt es manchmal einen Unterton, den ich für bedenklich halte, weil er die Aushandlungsprozesse in eine wenig produktive Richtung lenkt. Die Art und Weise, in der die Frage nach der Freiheit der Sozialwissenschaften oft gestellt und debattiert wird, läßt zuweilen den Eindruck entstehen - und ich überspitze einmal, um das Problem deutlich zu machen -, als ginge es dabei hauptsächlich oder gar ausschließlich darum, die Sozialwissenschaften von lästigen alltagsweltlichen Drücken und materiellen und gedanklichen Zwängen zu befreien, damit sie in aller Ruhe vor sich hin forschen und es sich im Auge des sozialen Orkans bequem machen können. Bei einem solchen Herangehen wird übersehen, daß sich die Frage nach der Freiheit der Sozialwissenschaften nicht auf das Problem einer „Freiheit von etwas“ reduzieren läßt, sondern daß es dabei immer auch um die „Freiheit für etwas“ geht, also darum, was ein bestimmtes Maß an Distanz und Autonomie ermöglicht, und zwar nicht nur für die Sozialwissenschaften, sondern auch und gerade für die gesellschaftliche Praxis. Die - immer nur relative, nie absolute - Distanz und Autonomie, die die Sozialwissenschaften dadurch gewinnen, *daß* sie aus bestimmten alltagspraktischen Zwängen entbunden werden, kommt ja nicht nur diesen selbst, sondern auch denjenigen Gruppierungen zu gute, die tagtäglich in eben diese Zwänge verstrickt sind. Mehr noch:

Gerade für die gesellschaftliche Praxis ist es unabdingbar, daß die Sozialwissenschaften eine solche Distanz und Autonomie besitzen. Dies wird oft vergessen, weil es immer wieder falsche Vorstellungen darüber gibt, in welcher Beziehung praktisches und wissenschaftliches Wissen zueinander stehen. Bei dieser Beziehung handelt es sich weder um ein Über- und Unterordnungs- noch um ein Konkurrenz- oder Ausschließungsverhältnis. Wissenschaftliches Wissen ist nicht höherwertiger, besser, beständiger, fundamentaler oder abstrakter als praktisches Wissen, es ist anders, und zwar analytisch distanzierter. Durch diese analytische Distanz werden Zusammenhänge erkennbar, die man in der Praxis unter dem hohen Zeit-, Handlungs- und Entscheidungsdruck nur schwer oder gar nicht sehen kann. Schrumpft die Distanz, indem die Sozialwissenschaften zu eng an den operativen Informations- und Beratungsbedarf der gesellschaftlichen Praxis gekoppelt werden, schwindet diese Fähigkeit über kurz oder lang. Die Praxis verfügt dann zwar über mehr Wissensangebote, aber verliert dabei jene, die sie eigentlich braucht, weil sie sie allein aus sich heraus nicht entwickeln kann. Wird die Distanz zu groß, verliert die Sozialwissenschaft an analytischer Tiefenschärfe, sieht über die praktischen Problemlagen hinweg und läuft so leicht Gefahr, den Boden unter den Füßen zu verlieren und gegenüber ihrem Gegenstand, dem Sozialen, blind zu werden. So gesehen stehen wissenschaftliches und praktisches Wissen nicht nur schlechthin in einem Ergänzungs-, sondern in einem ebenso konfliktreichen wie sensiblen Symbioseverhältnis. Die Autonomie, die die Sozialwissenschaften in dieser Symbiose besitzen müssen, besteht vor allem darin, daß sie die Problemstellungen der gesellschaftlichen Praxis in der ihnen gemäßen Form konzeptualisieren und bearbeiten können. Nur so ist es möglich, daß ausgefahrene Gleise der Problemwahrnehmung verlassen und neue Sichtweisen entwickelt werden. Dies schließt freilich immer das Risiko mit ein, daß die auf diese Weise erarbeiteten Lösungsvorschläge nicht in das Raster staatlich administrativer Problembewältigung hineinpassen oder sich in die Vorprägungen und Vorinteressen anderer gesellschaftlicher Gruppen stromlinienförmig einfügen.

Die dritte und damit letzte Frage des ersten Themenkomplexes, nämlich die nach den institutionellen Wegen, auf denen die Anforderungen an die Sozialwissenschaften so zu kanalisieren und zu fokussieren sind, daß sowohl die Bedürfnisse der Forschung als auch die der Praxis befriedigt werden, hängt sehr eng mit dem zuvor erwähnten Symbioseverhältnis zwischen wissenschaftlichem und praktischem Wissen zusammen. Diese Symbiose in die eine oder andere Richtung auseinander zu reißen, schadet beiden Seiten und der Gesellschaft insgesamt. Um sie aufrecht zu erhalten und zu entwickeln, bedarf es eines Gespürs für die, wie Norbert Elias es einmal formulierte, Balance zwischen „Engagement und Distanzierung“.

Und diese Balance kann, nein muß, in der Institutionenlandschaft sehr unterschiedlich austariert werden. In dieser Hinsicht sieht es in der "Bundesrepublik Deutschland zunächst gar nicht so schlecht aus. Bei Instituten wie Prognos oder Batell ist diese Balance mehr in Richtung des praktischen Wissens, bei Universitäten und Max-Planck-Instituten mehr in Richtung des wissenschaftlichen Wissens verschoben. Und Institutionen wie beispielsweise das WZB orientierten sich in vielen ihrer Arbeiten daran, den Schwerpunkt weder in die eine noch in die andere Richtung zu verlagern, sondern dieses Verhältnis soweit als möglich gleichgewichtig auszubalancieren. Diese institutionelle Vielfalt ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung dafür, daß die Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis an die Sozialwissenschaften so kanalisiert und fokussiert werden, daß beide davon profitieren. Es ist eine notwendige Voraussetzung, weil ein solches Institutionennetz zum einen die Möglichkeit bietet, differenziert und flexibel auf die Anforderungen der Praxis einzugehen und die Forschungsbedürfnisse mit den Forschungskapazitäten abzustimmen und weil sich die Institutionen zum anderen wechselseitig von jenen Anforderungen entlasten, die sie auf Grund ihres Forschungs- und Arbeitsprofils nur schlecht oder gar nicht bewältigen können. Prognos kann mit seinen Erfahrungen und Kompetenzen auf Praxisanforderungen reagieren, die ein grundlagenbezogenes Max-Planck-Institut schlicht überfordern würde und umgekehrt. In einer uniformen Institutionenlandschaft entfielen diese Kanalisierungs- und Fokussierungseffekte und jeder wäre mit allem konfrontiert. Die bloße institutionelle Vielfalt allein garantiert jedoch nicht automatisch eine verlust- und reibungsarme Vermittlung zwischen Praxis- und Forschungsbedürfnissen, denn jede Institution, auf welche Problemfelder sie auch immer spezialisiert sein mag, läuft stets Gefahr, zu verkalken, zu erstarren und vor allem auf die zukünftigen Herausforderungen nicht mehr reagieren zu können. Mir scheint, daß wir diese Gefahr nicht unterschätzen sollten, weil zwei Tendenzen beobachtbar sind, die sich auf sehr unheilvolle Weise ineinander verschränken können. Die erste Tendenz ist die zu einer, wie ich es oben nannte, sozialwissenschaftlichen „Normalforschung“, in der entweder eklatante gesellschaftliche Probleme gar nicht erst aufgegriffen werden oder, falls dies doch geschieht, das dann produzierte Wissen, nicht den Erwartungen und Bedürfnissen der Praxis entspricht. Die zweite Tendenz besteht in dem Versuch, die Bereitstellung praktikablen wissenschaftlichen Wissens zu erzwingen, indem entweder finanziell lukrative aber thematisch kurzatmige Forschungsprogramme aufgelegt werden und/oder indem man Forschungsinstitutionen mehr oder weniger hemdsärmlich mit erheblichen Drücken umprofiliert, um sie an einen tatsächlichen oder vermeindlichen sozialen Problemlösungsbedarf anzupassen - was dann

häufig zur Folge hat, daß die Flucht in die „Normalforschung“ noch stärker wird. Dies führt zu einer Spirale, an der niemandem gelegen sein kann.

Um ihr eine Alternative entgegen zu setzen, muß man sich zunächst fragen - und damit komme ich zu dem zweiten großen Themenkomplex, auf den ich im folgenden ausführlicher eingehen möchte - ob es nicht Zukunftsaufgaben gibt, die für die Sozialwissenschaften als klare Herausforderungen erkennbar sind und in denen sie sowohl in ihren Beziehungen zur Praxis als auch grundlagentheoretisch in den kommenden Jahren gefordert werden. Meine Antwort ist ja. Es gibt solche Zukunftsaufgaben, die einen Weg aus der „Normalforschung“ ermöglichen und sie sind für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Es sind aus meiner Sicht vor allem drei Fragen, und zwar

- a) die Frage nach der Zukunft und den Hauptentwicklungslinien unserer Gesellschaft,
- b) die Frage nach der Lernfähigkeit unserer Institutionen und
- c) die Frage nach der Innovation der Institutionen

Daß und inwiefern gerade diese drei Fragen von so großer Bedeutung sind, möchte ich im folgenden an Hand einiger ausgewählter Beispiele deutlich machen.

Erstens, die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft. Das Verhältnis der Sozialwissenschaften zur Zukunftsproblematik war eigentlich immer sehr ambivalent. Lange Zeit galt es akademisch nicht als sehr respektierbar, sich mit der Zukunft zu beschäftigen. Dies war mehr eine Sache für Außenseiter. Gegenüber der disziplintreuen Normalforschung, von der gemeinhin angenommen wurde, daß sie kaum und im Idealfall gar nicht normativ beeinflusst ist, erschien Zukunftsforschung zu stark mit normativen Elementen durchzogen, methodisch schwach und empirisch allzu vage. In den 60er und 70er Jahren änderte sich die Situation kurzzeitig etwas. Insbesondere in der Praxis wuchs das Interesse an Zukunftsforschungen. Neben den Arbeiten von Hermann Kahn oder Daniel Bell, die damals viel Aufsehen erregten, gab es eine Fülle weiterer Veröffentlichungen, die sich mit dem Thema Zukunft auseinandersetzten. Sie wurden jedoch alsbald wieder diskursiv fallen gelassen und verschwanden in den Versenkungen der Disziplingeschichte. Von dieser kurzen Episode einmal abgesehen, gilt Zukunftsforschung bis heute als ziemlich spekulativ und akademisch wenig reputierbar. Meines Erachtens ist es höchste Zeit, dieses (Vor-)Urteil nicht nur grundsätzlich zu überdenken, sondern forschungsprogrammatisch zu überwinden. Das Zukunftsproblem wird so wichtig für uns, daß sich ihm die Sozialwissenschaften nicht mehr länger ungestraft entziehen können. In den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft stellen sich Zukunftsfragen zunehmend häufiger und dringlicher. Erinnerung sei hier nur an solche demographischen Langfristentwicklungen, wie das Hineindrängen von armen Jugendkulturen

aus Nordafrika und anderen Regionen der südlichen Hemisphäre in die reichen Altersgesellschaften Europas, an solche technischen Entwicklungen, wie die Informationstechnologien, die Biotechnik oder die Mikrosystemtechnik, die gerade erst angelaufen sind und in den nächsten Jahrzehnten die Alltagswelten der Menschen grundlegend verändern werden oder an die sich bereits heute ankündigenden drastischen Veränderungen in den politischen Grundwerten unserer Gesellschaft und an die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft sowie die sich daraus ergebenden Folgen. All dies und vieles mehr zeigt doch, daß die Zukunftsprobleme nicht irgendwo in weiter Ferne liegen. Die Zukunft hat sich, wenn man so will, schon so in unsere Gegenwart hineingearbeitet, daß wir einfach gezwungen sind, uns ihr zu stellen, ob wir nun wollen oder nicht. Und wenn man sich dann - sei es in der sozialwissenschaftlichen Literatur oder in der gesellschaftlichen Praxis - umsieht, worauf wir uns stützen können, um diesen Zukunftsdruck theoretisch-konzeptionell und alltagpraktisch zu bewältigen, dann ist dies, bei Lichte besehen, nicht gerade viel. Die Position, auf die man sich stellt, um dem Zukunftsdruck zu begegnen, lautet: Wir treten in eine Phase starken Wandels ein, die sehr turbulent und hochgradig unüberschaubar ist. Dies ist sicher nicht falsch, nur eben entschieden zuwenig. Richtet man sich lediglich auf Turbulenz und Unüberschaubarkeit ein, so führt dies in aller Regel zu den hinlänglich bekannten Defensiv-Strategien. Im Extremfall entwickeln Institutionen dann entweder einen hektischen Aktionismus, wo zwar sehr schnell aber unbedacht und konzeptionslos reagiert wird, oder sie verfallen in eine lähmende Inaktivität, weil alle der Meinung sind, daß sich die Folgen einer Entscheidung, und sei sie auch noch so klein, nicht übersehen lassen und es daher allemale besser ist, gar nichts als irgendetwas falsches zu tun. Aktionismus und Inaktivität können nicht nur sehr schnell ineinander umschlagen, sondern auch zeitgleich auftreten. Aber auch dort, wo man sich nicht auf diese beiden Extremstrategien verlegt, breitet sich häufig und zumeist unbemerkt eine andere, nicht weniger verhängnisvolle Defensivhaltung aus, nämlich ein Kurzfristdenken, in dem über die nächsten drei, fünf oder sieben Jahre nicht mehr hinausgedacht wird und Entscheidungen, die über diesen Zeithorizont hinausreichen, nicht mehr angegangen, geschweigedenn getroffen werden. Aus solchen Defensiv-Strategien ergeben sich große Nachteile und hohe Kosten für unsere Gesellschaft, und zwar nicht nur im Hinblick auf ihre endgültigen Resultate, sondern bereits dann, wenn man beginnt, sich ihrer zu bedienen. In einem Unternehmen beispielsweise, in dem die Zukunft nur als turbulent und unüberschaubar angesehen wird, entwickeln sich die Entscheidungsprozesse in eine ganz bestimmte Richtung. Es wird weniger Geld in das Personalwesen, insbesondere die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, in die Forschung und Entwicklung, die Erschließung neuer Märkte oder in die

Infrastruktur investiert, weil es dafür keine Entscheidungs- oder Orientierungshilfen gibt und die Investitionsrisiken immer unkalkulierbarer und unlegitimierbarer werden. Stattdessen wird mehr und intensiver darüber nachgedacht, wie man sich ganz oder teilweise aus seinen traditionellen Standorten zurückzieht und sich in solchen Regionen ansiedelt, in denen die Wandlungsprozesse berechenbarer und managebarer erscheinen. Ob jedoch Westeuropa oder Deutschland, die Standortfrage läßt sich nicht einfach auf das Kosten-, speziell das Lohnnebenkosten-Problem herunter buchstabieren. Die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes hängt zu einem gut Teil auch davon ab, welche mittel- und langfristigen Zukunfts- und Entwicklungschancen ihm eingeräumt werden. Allein diese wenigen Stichworte zeigen vielleicht, daß es eine praktisch dringliche Herausforderung für die Sozialwissenschaften ist, sich mit der Zukunft zu beschäftigen und Szenarien über die Hauptentwicklungslinien in verschiedenen Lebensbereichen zu entwerfen. Diese Herausforderung ist aber nicht nur praktisch dringlich, sondern zugleich auch grundlagentheoretisch anspruchsvoll. Ich möchte dies an einem Beispiel deutlich machen. Es könnte sein, daß sich in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren ein ganz anderes Paradigma des technischen Fortschritts herausbildet, als das, worauf wir uns heute stützen. Manches spricht dafür, daß der primär arbeitssparende technische Fortschritt künftig im wachsenden Maße in eine Krise gerät. Bereits heute wird in den großen Unternehmen sehr viel darüber diskutiert, daß es aus den verschiedensten Gründen weltweit in den nächsten dreißig Jahren zu einer Verknappung des Kapitals und einem Anstieg der Zinsen kommt. Steigen nun die Ressourcen-Kosten tatsächlich so drastisch, wie dies vielfach erwartet wird, und nimmt die Globalisierung und Vernetzung der Wirtschaftsaktivitäten weiter zu, dann führt dies zu- einer Internationalisierung der Arbeitsmärkte, mit Konsequenzen, die heute noch gar nicht absehbar sind. Wir versinken dann in einem Meer arbeitswilliger, hoch motivierter und immer besser ausgebildeter Menschen. Und die leben nicht nur in Bremen oder Dresden, sondern "auch in Madras oder Caracas. Computernetze, um hier nur eins von vielen Beispielen herauszugreifen, ermöglichen es Unternehmen bereits heute, eine Produktentwicklung, die über den gesamten Erdball verteilt ist, zeitlich und inhaltlich lückenlos ineinander zu verzahnen. Die Arbeitsergebnisse laufen sozusagen mit der Sonne mit, sie wandern von einem Schreibtisch auf den nächsten, nur daß die Schreibtische tausende oder zehntausende Kilometer voneinander entfernt sind. Technisch ist das kein Problem. Und was das immer noch weitverbreitete Argument betrifft, solche Pilotprojekte ließen sich nicht verallgemeinern, weil es in anderen Teilen der Welt an qualifizierten Arbeitskräften fehlt, sollte man sehr vorsichtig sein. Wir haben in einem chinesisch-deutschen Forschungsprojekt 110 Unternehmen in fünf Provinzen Chinas im

Hinblick auf deren Anpassungsstrategien an die Markt- und die Weltmarktwirtschaft untersucht. Worauf viele dieser Unternehmen setzen, ist „high skill, low cost“ und nicht, wie vielfach noch vermutet wird, „low cost and low skill“. Solche Tendenzen muß man einfach sehen und zur Kenntnis nehmen, auch wenn das an lieb gewordenen Vorurteilen und Denkgewohnheiten rührt. Wir müssen uns fragen, ob der auf permanente Arbeitseinsparung ausgerichtete technische Fortschritt, der als Momentum in unserer bisherigen sozio-technischen Entwicklung angelegt ist, künftig überhaupt noch sinnvoll und gesellschaftlich tragbar ist. Ist es nicht an der Zeit, aus alten Denk- und Diskussionsrastern heraus zu kommen und nach alternativen Entwicklungspfaden Ausschau zu halten? Brauchen wir nicht „high tech, high skill“-Strategien, die eine hochgradig arbeitsintensive und zugleich ressourcen- und kapitalsparende technische Entwicklung ermöglichen? Ich behaupte das weder, noch möchte ich dies irgendwie als Rezept empfehlen, weil wir darüber noch viel zu wenig wissen. Mir geht es vor allem darum, daß sich die Sozialwissenschaften weit mehr als bisher solchen grundlegenden Entwicklungsproblemen stellen. Wir müssen und können mehr über die uns bevorstehenden Wandlungsprozesse in Erfahrung bringen, als daß sie turbulent und unüberschaubar verlaufen werden. In Wandlungs- und Umbruchprozessen gibt es nie nur ein diffuses Chaos, sondern zumeist eine ganze Reihe unterschiedlicher Entwicklungskorridore, die neben unvermeidlichen Risiken eben auch viele Chancen in sich bergen. Solche Entwicklungskorridore aufzuspüren, zu analysieren und zur Diskussion zu stellen, ist eine so theoretisch anspruchsvolle und zugleich praktisch brennende Aufgabe, wie sie sich besser eigentlich gar nicht denken läßt. Sicher müssen die Sozialwissenschaften, wenn sie sich dieser Aufgabe stellen, an die Erforschung der Zukunft mit besseren Konzepten und Methoden herangehen, als dies in den 60er und 70er Jahren der Fall war. Aber dazu sind sie, wie ich meine, durchaus in der Lage, denn seither haben sich nicht nur die theoretisch-konzeptionellen und methodisch-empirischen, sondern nicht zuletzt auch die technischen Voraussetzungen für eine wissenschaftlich solide und gesellschaftlich innovative Zukunftsforschung erheblich weiterentwickelt. Das entscheidende Problem besteht nicht darin, ob wir Zukunftsforschung betreiben können, sondern ob wir - und zwar nicht nur die Sozialwissenschaftler, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen - dies wollen und dann auch mit der nötigen förderungspolitischen, finanziellen und institutionellen Konsequenz in Angriff nehmen.

Zweitens, die Frage nach der Lernfähigkeit unserer Institutionen. Auch wenn sich eine sozialwissenschaftliche Zukunftsforschung etabliert und es ihr durch problem- und grundlagenorientierte Untersuchungen gelingt, Entwicklungskorridore aufzuspüren, das Maß an Unüberschaubarkeit zu reduzieren und der Gesellschaft praxisnahes Wissen zu Verfügung

zu stellen, müssen sich unsere Institutionen sehr hohen und vor allem ganz neuen Anforderungen stellen, zu deren Bewältigung es nicht nur eines entsprechenden Zukunftsbeziehungswise Wandlungswissen, sondern vor allem auch einer Wandlungsfähigkeit bedarf. Viele Unternehmen und Organisationen stehen schon heute vor der Aufgabe, sich mit neuen Strategien und Visionen an die stark verändernden Umfeldbedingungen anzupassen, um überleben zu können. Ein Unternehmen, das sich gegen die Globalisierung des Wettbewerbs stemmt, eine Gewerkschaft, die die strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt nicht wahrnimmt oder ein Schulsystem, das die Menschen nicht befähigt, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, werden zunächst Schritt für Schritt marginalisiert und dann über kurz oder lang an den Wandlungsprozessen scheitern und zugrunde gehen. Es gibt keine Institution, die sich nicht auf mehr oder weniger gravierende Umfeldveränderungen einstellen müssen. Eine ebenso elementare wie grundlegende Voraussetzung ist dabei die Lernfähigkeit einer Institution. Wer nicht lernt, wird untergehen. Dies mag sich auf den ersten Blick sehr simpel anhören und doch steht dahinter eine große grundlagentheoretische Herausforderung für die Sozialwissenschaften. Was wissen wir denn eigentlich darüber, wie Institutionen lernen? Vermutlich werden mir Pädagogen und Psychologen widersprechen, wenn ich als Außenstehender meine, daß wir sehr viel darüber wissen, wie Individuen und Gruppen lernen, denn sie werden einwenden, daß es da noch sehr viele offene Fragen und ungelöste Probleme gibt. Dies ist sicherlich richtig, doch wenn man einmal den Fundus an Erkenntnissen auf dem Gebiet des individuellen und Gruppenlernens mit dem vergleicht, was bisher über das Lernen von Institutionen in Erfahrung gebracht wurde, dann ist dies nicht nur sehr wenig, sondern mit Blick auf die alltagspraktische Bedeutung dieser Fragestellung geradezu beängstigend wenig. Sicher, Organisationen und Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, Gewerkschaften und Parteien, Bürokratien und Verbände lernen nur, wenn die Menschen, die dort tätig sind, lernen. Aber die Tatsache, daß einzelne Individuen oder Gruppen etwas gelernt haben, bedeutet noch lange nicht, daß die Institution auch etwas gelernt hat. Und umgekehrt, wenn eine Institution lernt, läßt sich daraus offenkundig nicht automatisch schlußfolgern, daß jedes Individuum oder jede Gruppe in dieser Institution ebenfalls lernt. Die Lernfähigkeit einer Institution ist auch nicht allein ein quantitatives oder hierarchisches Problem. In einem Unternehmen beispielsweise kann sowohl die überwiegende Mehrzahl der Mitarbeiter als auch der Vorstand lernen, ohne daß das Unternehmen als ganzes lernt. Und es gibt andere Fälle, wo die lernenden Mitarbeiter in der Minderzahl sind und/oder nur ein Vorstandsmitglied wechselt und dennoch institutionelle Lernprozesse in Gang kommen. Die Frage, unter welchen Bedingungen individuelles und Gruppenlernen dazu führt, daß eine Institution lernfähig wird

und bleibt, ist gegenwärtig noch weitgehend unerforscht. Dieses Forschungsdefizit hat Konsequenzen. Wenn aus den verschiedensten Bereichen der gesellschaftlichen Praxis zunehmend danach gefragt wird, wodurch die Lernfähigkeit von Institutionen konkret befördert werden kann und was genau jene Faktoren sind, die sie behindern, so fehlt es an gesichertem Wissen, um diese Fragen eindeutig beantworten zu können. Lernfähigkeit entwickeln flach aber auch stark hierarchisierte, zentralisierte und dezentralisierte, alte und junge Unternehmen. Mit ein paar importierten Schlagwörtern wie „lean production“, „lean organization“ oder gar „lean society“ läßt sich das Problem der Lernfähigkeit unserer Institutionen in der Praxis nicht lösen. Dazu bedarf es erheblich größerer Forschungsanstrengungen und zwar sowohl was die theoretisch-konzeptionelle Tiefe als auch was die empirisch-methodische Breite der Untersuchungen anbetrifft. Wir müssen Genaueres darüber wissen, welche institutionellen Information- und Kommunikationsprozesse Lernen blockieren und welche nicht, wie kulturelle, strukturelle und personelle Faktoren bei der Herausbildung und Entfaltung der Lernfähigkeit von Institutionen ineinandergreifen und wo letztlich die neuralgischen oder archimedischen Punkte sind, an denen man in der Praxis ansetzen muß, um Lernprozesse zu befördern und Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Erste Erfahrungen, die ich im Rahmen vergleichender Untersuchungen zum Unternehmenslernen in China, Israel und Deutschland sammeln konnte, bestätigen mich darin, daß sich hier für die Sozialwissenschaften ein hoch interessantes Forschungsfeld eröffnet, und zwar sowohl im Hinblick auf die Theoriebildung als auch in bezug auf die praktischen Problemstellungen des institutionellen Lernens. Hier zeigt sich sehr deutlich, daß sich problem- und grundlagenorientierte Forschung nicht widersprechen, sondern wechselseitig bedingen und vorantreiben.

Drittens, die Frage nach der Innovation der Institutionen. Die Lernfähigkeit der bestehenden Institutionen so zu entwickeln, daß diese in der Lage sind, sich offensiv auf Umfeldveränderungen einzustellen und diese erfolgreich zu bewältigen, ist eine Sache, doch damit allein ist es nicht getan. Um in den angelaufenen globalen Wandlungsprozessen bestehen zu können, genügt es nicht, sich lediglich auf die bereits vorhandenen Institutionen zu stützen, denn es wäre vermessen anzunehmen, daß sie allein hinreichen, sämtliche vor uns stehenden Probleme zu lösen. Neben der Vielfalt der bestehenden werden sich neue, innovative Institutionen herausbilden, was zu Veränderungen und Verschiebungen in der uns bekannten Institutionenlandschaft führen wird. Für die Sozialwissenschaften ergibt sich daraus ein breites Spektrum an Forschungsaufgaben. Angefangen von Untersuchungen zur Genese und zu den Lebenszyklen von Institutionen über die differenzierte Analyse der Ursachen und des Verlaufs

institutioneller Wandlungsprozesse bis hin zur Erforschung der Triebkräfte und Bedingungen institutioneller Innovationen, wird es darum gehen, wissenschaftliches Wissen zu produzieren, auf das bei der Herausbildung neuer Institutionen zurückgegriffen werden kann. Auch hier werden die Forschungen tief ins Grundsätzliche und Grundlagentheoretische hineinreichen müssen, wenn sie für die Praxis wirklich hilfreich sein sollen. Dies macht das Problem der Arbeitslosigkeit sehr anschaulich deutlich. Sie gilt heute nicht nur als einer der zentralen Indikatoren für den Zustand der Volkswirtschaft, sondern der Gesellschaft überhaupt. Um sie spannt sich ein ganzes Netz von Institutionen, das weit über die Arbeitsämter hinausreicht. Arbeitslosigkeit wird registriert und analysiert, reguliert und prognostiziert, diskutiert und kommentiert. Es ist hier sicher nicht übertrieben zu sagen, daß die Arbeitslosigkeit eine Art institutionelles Gravitationszentrum darstellt. Das war aber nicht immer so. In einem deutsch-französischen Projekt, an dem wir im WZB mitarbeiten, wird gegenwärtig historisch vergleichend die Frage untersucht, wie es eigentlich dazu kam, daß die Arbeitslosigkeit gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst überhaupt als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wurde und dann zunehmend eine solche institutionelle Bedeutsamkeit erlangte. Angesichts der starken Belastungs-, ja Zerreißproben, dem das sich um die Arbeitslosigkeit rankende institutionelle Geflecht heute ausgesetzt ist, mag eine solche Fragestellung manchem zunächst ziemlich akademisch und praxisfern erscheinen. Sieht man sich jedoch diese Forschungen genauer an, zeigt sich sehr schnell, daß sie brandaktuell sind. Ganz abgesehen einmal davon, daß diese Untersuchungen manch wissenschaftliches und praktisches Detailwissen zutage fördern, das in den langen Jahren der Prosperität verschüttet ging und heute, in anbetracht einer weit verbreiteten Ideen- und Ratlosigkeit, wieder nützlich sein könnte, schärfen diese grundlagentheoretisch orientierten Forschungen vor allem den Blick dafür, daß es gerade im Hinblick auf die Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden Arbeitslosigkeitsprobleme nicht damit getan ist, das hundertjährige institutionelle Geflecht auszubessern oder zurecht zu schneiden. Aktionistische Flickwerkösungen greifen hier auf die Dauer gefährlich kurz. Die historische Analyse der Institutionengenese eröffnet hier eine Perspektive, in der deutlich wird, daß und inwiefern es heute darauf ankommt, daß Problem der Arbeitslosigkeit viel grundsätzlicher zu durchdenken und anzugehen, als dies in den letzten Jahrzehnten geschah. Insofern sind solche historisch und grundlagentheoretisch ausgerichteten Forschungen nicht nur in ihren empirischen Details, sondern vor allem in ihrer Orientierungsfunktion für die gesellschaftliche Praxis hilfreich und unverzichtbar. Aber das Beispiel zeigt noch etwas anderes, nämlich daß wir als Sozialwissenschaftler nicht umhinkommen, die Frage nach der Innovation der Institutionen selbstreflexiv zuzuspitzen.

Müssen wir nicht, wenn wir die Zukunft und die Hauptentwicklungslinien unserer Gesellschaft, die Lern- und Innovationsfähigkeit unserer Institutionen untersuchen wollen, selbst institutionell innovativ sein? Meine Antwort ist ja, denn wir stehen, wie eingangs erwähnt, nicht irgendwo außerhalb der Gesellschaft, sondern wir sind ein Teil der gesellschaftlichen Praxis und das Problem der institutionellen Innovation macht um uns keinen Bogen. Nun ließe sich zu der Frage, wodurch sich denn innovative sozialwissenschaftliche Institutionen auszeichnen, sicher sehr viel sagen. Ich werde das nicht tun und möchte stattdessen nur auf einen einzigen, aber meines Erachtens zentralen Punkt aufmerksam machen, und zwar auf das Problem der „creative tensions“

Wir brauchen zukünftig, weit mehr als bisher, sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die kreative Spannungen entwickeln und vor allem auch institutionell aushalten können, und zwar solche kreativen Spannungen wie die zwischen Fachdisziplinarität und Multidisziplinarität, zwischen problem- und grundlagenorientierter Forschung, zwischen excellence und relevance ihrer Arbeit. Ich sage ganz bewußt aushalten, weil es völlig falsch wäre, diese „creative tensions“ irgendwie zu idealisieren oder zu idyllisieren und sich vorzustellen, die ganze Institution wäre ein einziges euphorisches Gedanken- und Ideengeknister. Im Forschungsalltag schlagen sie sich nämlich als ganz handfeste Spannungen nieder: Spannungen in und zwischen Projekten, Spannungen zwischen Personen und Abteilungen, Spannungen zwischen Forschungsperspektiven, Konzepten und Methoden; Spannungen, die sich an Be- und Entfristungen, Budgets und Raumkapazitäten, an Berufungen und Stellenbewertungen entladen. Nein, eine Idylle ist das nicht, und die Gefahr, daß die Spannungen die Kreativität erdrosseln, läßt sich nie, hundertprozentig ausschließen. Aber: Dieses Spannungsfeld zwischen Fachdisziplinarität und Interdisziplinarität, problem- und grundlagenorientierter Forschung, zwischen excellence und relevance bietet einer sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitution auch große und vor allem einmalige Innovationschancen. Die vielleicht größte besteht darin, daß hier die institutionelle Möglichkeit gegeben ist, die üblichen Dichotomien und Frontstellungen zu überwinden. Karl Deutsch, unser früherer Kollege am WZB, hat in seiner Arbeit gezeigt, daß und wie sich solche Chancen nutzen lassen. Er ließ die Frage, ob man nun exzellente oder relevante Forschung betreiben solle, nicht gelten. Karl Deutsch und mit ihm viele andere, die in ähnlichen Institutionen arbeiteten, bewiesen, daß man aus diesem ewigen Entweder/Oder-Kreislauf herauskommen und die Frage forschungsprogrammatisch umkehren kann. Statt fach- und interdisziplinäre oder problem- und grundlagenorientierte Forschungen einander gegenüber zu stellen, demonstrierten sie, wie sie sich innovativ miteinander verbinden lassen, und zwar so, daß

Wissenschaft und Praxis gleichermaßen daraus Gewinn zogen. Für sie waren exzellente und relevante Forschung zwei Seiten einer Medaille. Wenn wir heute wieder mehr und intensiver darüber nachdenken, wie die sozialwissenschaftliche Forschung in den Dienst der gesellschaftlichen Praxis gestellt werden kann, um die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, in denen wir uns befinden, offensiv und innovativ zu bewältigen, dann sollten wir diese Erfahrungen nicht ungenutzt lassen und die institutionellen Innovationspotentiale, aus denen sie entstanden sind, pflegen und erweitern.